

963/AB XXI.GP

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Johann Maier und Genossen vom 21. Juni 2000, Nr. 960/J, betreffend Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes, beehe ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 6.:

Die Vollziehung der von diesen Fragen angesprochenen Angelegenheiten fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen. Ich ersuche daher um Verständnis, dass ich diese Fragen nicht beantworten kann.

Zu 7.:

Eine Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes um 10 Prozent würde zu einem jährlichen Lohnsteuerausfall von schätzungsweise 200 - 250 Mio. S und zu einem geringfügigen Ausfall bei der Einkommensteuer führen.

Weiters würde es bei der öffentlichen Hand zu erhöhten Ausgaben für Reisekosten kommen, die nach einer Schätzung des Bundesministeriums für Finanzen (dem diesbezüglich allerdings kein genaues Zahlenmaterial vorliegt) etwa 50 Mio. S betragen könnten.